



Niederschrift

Nr. 8a

**über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Tarif und Marketing der
VRR AöR am Mittwoch, den 30.11.2022, 10:00 Uhr, im Rathaus der Stadt
Duisburg, Burgplatz 19, 47049 Duisburg, Raum 100**

Anwesende (lt. Anwesenheitsliste)

Vorsitzende

Frau Martina Foltys-Banning

CDU ordentliche Mitglieder

Herr Frederik Engeln, Herr Christian Gebel, Herr Guido Görtz, Herr Frank Heidenreich, Herr Hans-Jörg Herhausen, Herr Jörg Jedfeld, Herr Johannes Kraft, Herr Hans-Jürgen Petrauschke, Herr Joachim Roeske, Frau Laura Ann Rosen, Frau Martina Schürmann

SPD plus ordentliche Mitglieder

Herr Horst Fischer, Herr Torsten Heymann, Herr Arif Izgi, Frau Heike Kretschmer, Herr Dieter Lieske, Herr Dirk Plaßmann, Herr Reiner Rogall, Herr Axel C. Welp

Bündnis 90/Die Grünen ordentliche Mitglieder

Frau Martina Herrmann, Herr Timo Schmidt, Herr Matthias Schneider

NVN ordentliche Mitglieder

Frau Sigrid Eicker

CDU stellvertretende Mitglieder

Herr Tim Woljeme

SPD plus stellvertretende Mitglieder

Herr Ingo Vogel

Berater/Gäste

Herr Detlef Neuss

Vorstand VRR AöR

Frau Gabriele Matz, Herr José Luis Castrillo

Verwaltung

Herr Dr. Dieter Bayer, Herr Mark Binder, Herr Dr. Stephan Hörold, Frau Simone Mathea-Schönfeld, Herr Georg Seifert, Herr André Wiegmann

Schriftführer/stellv. Schriftführer

Herr Thomas Schäfer

Tagesordnung**Drucksache-Nr.:**

- | | | |
|----|---|---------------|
| 1. | Form und Frist der Ladung | |
| 2. | Beschlussfähigkeit und Tagesordnung | |
| 3. | Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Ausschusses vom 08.09.2022 | |
| 4. | Sachstandsbericht | Z/X/2022/0394 |
| 5. | Tarifangelegenheiten | M/X/2022/0415 |
| 6. | Deutschland-Ticket | M/X/2022/0417 |
| 7. | Marketingangelegenheiten | M/X/2022/0419 |
| 8. | Anfragen und Mitteilungen | |

Frau Foltys-Banning eröffnet die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Tarif und Marketing und begrüßt die Anwesenden.

1. Form und Frist der Ladung

Die Vorsitzende stellt die form- und fristgerechte Ladung zur Sitzung fest.

2. Beschlussfähigkeit und Tagesordnung

Die Beschlussfähigkeit des Ausschusses wird festgestellt. Die Tagesordnung wird genehmigt.

3. Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Ausschusses vom 08.09.2022

Der Ausschuss für Tarif und Marketing genehmigt einstimmig die Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Ausschusses vom 08.09.2022.

4. Sachstandsbericht

Vorlage: Z/X/2022/0394

Herr Schmidt erkundigt sich nach den unterschiedlichen App-Store-Bewertungen der VRR-App und der mobil.nrw-App.

Herr Castrillo entgegnet, dass im Hinblick auf unterschiedliche Kommunikationskanäle die Abweichungen nicht als gravierend einzuschätzen sind.

Der Ausschuss für Tarif und Marketing der VRR AöR nimmt anschließend den Sachstandsbericht nebst Anlagen zur Kenntnis.

5. Tarifangelegenheiten

Vorlage: M/X/2022/0415

Herr Schmidt erkundigt sich nach den Ursachen für die stark gesunkenen Fahrgeldeinnahmen beim SemesterTicket.

Herr Castrillo entgegnet, dass dies auf die Absenkung der Ticketpreise auf 9,00 € zurückzuführen ist.

Herr Schneider regt an, beim Marketingplan auf Sicht zu fahren. Es sei schwierig den Plan jetzt – wie in der Vorlage vorgesehen - für 2 Jahre fortzuschreiben, ohne auf die aktuellen Entwicklungen zu reagieren. Es gäbe aktuell zu viele Unsicherheiten. Um dies zu vermeiden, sollte man den Plan für einen kürzeren Zeitraum, ggf. nur für ein Jahr fortschreiben.

Herr Castrillo entgegnet, dass eine Fortschreibung um ein Jahr die bestehenden Unsicherheiten nicht ausräumt. Die VRR AöR wird regelmäßig über die aktuellen Entwicklungen berichten und im Sommer 2023 einen Zwischenbericht zu der bis dahin eingetretenen Entwicklung geben.

Herr Petrauschke mahnt, aufgrund der Effekte, die durch die Einführung des DeutschlandTickets verbunden sind, eine schnelle Sortimentsumstellung an. Insbesondere sollte das FlexSozial, das bereits wegen der Möglichkeit der Einführung des DeutschlandTickets zum 01.01.2023 zurückgestellt wurde, zeitlich vor der Einführung des DeutschlandTickets, vor dem 01.04.2023, eingeführt werden. Weiterhin soll die VRR AöR einen Sachstandsbericht darüber geben, wie die Finanzierungsbedarfe der Verkehrsunternehmen sich in den nächsten Jahren entwickeln werden. Dies sei zwingend, um die Liquiditätsprobleme der Verkehrsunternehmen frühzeitig zu erkennen, entsprechend gegenzusteuern und so Leistungseinschränkungen im Angebot verhindern zu können. Grundsätzlich sollte überlegt werden, den Preis des DeutschlandTickets ggü. dem angedachten Einstiegspreis abzusenken. Damit könnte die Attraktivität dieses Angebotes wesentlich gesteigert werden.

Herr Castrillo entgegnet, dass der Preis des DeutschlandTickets bei 49,00 € ein gutes Angebot darstellt, das mit einem hohen Nutzen verbunden ist. Alle Beteiligten sind sich darüber bewusst, dass mit der Einführung des neuen Angebots Veränderung im Bereich Vertrieb und Tarif verbunden sein werden. Im Hinblick auf das VRR-Sortiment werden bereits Überlegungen zu den Auswirkungen auf bestimmte Segmente durchgeführt. Im Hinblick auf Überlegungen auf Landesebene, ggf. ein Angebot unter 49,00 € zu platzieren, hat der Bund als Fördergeber signalisiert, dass dies im Rahmen der Förderung des Deutschlandtickets nicht vorgesehen ist. Zusätzliche Angebote auf Landesebene

müssten über die Förderung des Landes NRW finanziert werden.

Bei den klassischen Zielgruppen der Auszubildenden, Studierenden, Sozialticketkunden sind grundlegende Veränderungen zur Sicherung der Finanzierung erforderlich. Die damit verbundenen Änderungen der Verordnungs- und Gesetzesebene sind nur in Zusammenarbeit mit dem Land NRW und dem Bund umzusetzen und erfordern einen hohen Abstimmungs- und Beratungsbedarf. Der Beschlusstext zum Marketingplan wurde bereits mit einem solchen Hinweis versehen, um so eine Klarstellung zu erzielen.

Herr Castrillo betont, dass der Vorschlag zur Verschiebung der Entscheidung über den Einführungstermin des FlexSozial auf den März-Sitzungsblock 2023 aufgrund des zu erwartenden Zeitraumes für die technischen Umsetzung erfolgt ist. Der Dienstleister habe erklärt, dass eine Umsetzung mindestens 6 Monate dauern würde.

Frau Foltys-Banning erklärt, dass der Beschluss zur Einführung des FlexSozial schnellstmöglich gefasst werden sollte. Mit der technischen Umsetzung sollte jetzt begonnen werden, um die zügige Umsetzung sicherzustellen.

Herr Petrauschke betont ebenfalls die Notwendigkeit ein FlexSozial kurzfristig einzuführen.

Herr Castrillo schlägt vor, eine Abfrage bei den Verkehrsunternehmen zum frühestmöglichen Zeitpunkt der technischen Umsetzung eines FlexSozial durchzuführen. Weiterhin werden auch im Hinblick auf ein Deutschlandticket und ggf. landesweite Angebote die Rahmenbedingungen der Förderung beim Land NRW angefragt. Ein Bericht wird in der Sitzung des Verwaltungsrates am 07.12.2022 abgegeben.

Herr Heidenreich betont, dass ein FlexSozial für Bedürftige vor der Einführung des Deutschlandtickets eingeführt werden sollte. Die bestehenden Unsicherheiten über das Einführungsdatum des DeutschlandTickets, den Förderrahmen und die weitere Entwicklung des Sortiments im VRR sowie auf NRW-Ebene führen dazu, dass zum jetzigen Zeitpunkt keine Richtung über die weitere Entwicklung festzustellen ist. Zwingend notwendig ist bei den weiteren Überlegungen, dass alle Maßnahmen zu keiner weiteren Belastung der kommunalen Haushalte führen dürfen. Dieser Grundsatz sollte in einen zukünftigen Beschluss zu weiteren

Maßnahmen aufgenommen werden. In diesem Zusammenhang ist ebenfalls zu beachten, dass alle tariflichen Maßnahmen von den politischen Gremien des VRR beschlossen werden müssen.

Herr Castrillo entgegnet, dass durch den anberaumten Sitzungsblock im Januar 2023 diese Anforderung sichergestellt wird. Gleichzeitig ist zu erwarten, dass zu diesem Zeitpunkt die allgemeinen Rahmenbedingungen bekannt sind und so ein Beschluss auf gesicherter Basis gefasst werden kann.

Herr Welp bekräftigt, dass die Einführung des FlexSozial vor oder zur Einführung des DeutschlandTickets erfolgen sollte und mahnt an, dass bis dahin auch die Fragen zu Zusatznutzen zu klären sind.

Herr Wiegmann erläutert die bisherigen Überlegungen zur Einnahmenaufteilung beim Deutschland-Ticket. Aufgrund der fehlenden bundesweiten Datenbasis soll in einem ersten Schritt ein Clearing-Verfahren angewendet werden, das nach dem Wohnortprinzip einen Zuschnitt nach den Verbundräumen vornimmt. In einem zweiten Schritt soll über die Verbundgesellschaften, wie der VRR AöR, eine interne Verteilung der zugeschriebenen Einnahmen an die Verbund-Verkehrsunternehmen, im Rahmen der Einnahmeverteilungsregularien des Verbundes, erfolgen.

Der Ausschuss für Tarif und Marketing fasst anschließend einstimmig die folgenden Beschlüsse:

A) Beschlüsse

1. Marketingplan 2023-2024

Der Ausschuss für Tarif und Marketing der VRR AöR empfiehlt dem Verwaltungsrat der VRR AöR, einer Verlängerung des bestehenden Marketingplans um zwei Jahre bis 31.12.2024 zuzustimmen. In Abhängigkeit von der Umsetzung des Deutschlandtickets mit den Folgewirkungen auf den VRR-Tarif, der Verstetigung der sich gerade neu entwickelnden ÖPNV-Finanzierungsvolumina und -systematik auf Seiten von Bund und Land wird eine ggf. erforderliche grundlegende Überarbeitung der Marketingplanstruktur in den Abstimmungs- und Entscheidungsprozess der VRR-Gremien eingebracht.

2. Anpassung verbundübergreifende Aufpreise

Der Ausschuss für Tarif und Marketing der VRR AöR empfiehlt dem Verwaltungsrat der VRR AöR den Preisanpassungen wie folgt zuzustimmen.

- **VRS:** Der Ergänzungsaufpreis für VRR-FirmenTickets und Großkundenangebote sowie VRS-JobTickets soll zum 01.01.2023 um 3,8 % auf 75,90 Euro angepasst werden. Diese Empfehlung gilt vorbehaltlich einer positiven Beschlussfassung in den VRS-Gremien.
- **AVV:** Der Ergänzungsaufpreis für AVV-JobTickets zur Nutzung des festgelegten Teilraums im VRR soll zum 01.01.2023 um 4,1 % auf 95,30 Euro angepasst werden.
- **NRW:** Das SemesterTicket NRW für das Sommersemester 2024 und das Wintersemester 2024/2025 soll um 4,04 % auf 61,80 Euro pro Semester für Binnenabschlüsse und um 4,07% auf 74,20 Euro für Standorte außerhalb von Deutschland angepasst werden.

3. FlexSozial

Auf die vorherige Ausführung des FlexSozial wird verwiesen. Weitere Beratung erfolgt in der Sitzung des Verwaltungsrates.

4. FlexJob – Verlängerung des Pilotprojektes

Der Ausschuss für Tarif und Marketing der VRR AöR empfiehlt dem Verwaltungsrat der VRR AöR der einer Verlängerung des FlexJob-Piloten um ein weiteres Jahr (01.05.2023 – 30.04.2024) zuzustimmen.

5. Verlängerung NRW-Stammkundenaktion

Der Ausschuss für Tarif und Marketing der VRR AöR empfiehlt dem Verwaltungsrat der VRR AöR der Verlängerung der Stammkundenaktion auf die Monate November und Dezember 2022 analog den Kriterien der Stammkundenaktion für die Monate September und Oktober 2022 zuzustimmen.

6. Deutschland-Ticket

Vorlage: M/X/2022/0417

Der Ausschuss für Tarif und Marketing der VRR AöR nimmt den Sachstandsbericht zum aktuellen Stand der Informationen über das Deutschlandticket zur Kenntnis. Die erforderlichen Beschlussvorlagen zur Umsetzung des Deutschlandtickets werden, sobald die Rahmenbedingungen

klarer sind, den VRR-Gremien, ggf. im Rahmen von Sondersitzungen, voraussichtlich im Januar 2023, zur Entscheidung vorgelegt.

Herr Castrillo berichtet zu den Ergebnissen der Verkehrsministerkonferenz vom 29.11.2022. Die Minister haben gefordert, dass der Bund die im Zusammenhang mit der Einführung des DeutschlandTickets entstehenden Mindererlöse (inkl. Nachschusspflicht) und die vertrieblichen Mehrkosten übernehmen soll, da diese nicht in der Finanzierungszusage von Bund/der Länder enthalten waren. Im Hinblick auf das weiter bestehende veränderte Mobilitätsverhalten und die damit verbundenen Rückgänge der Fahrgeldeinnahmen aufgrund von Corona haben die Verkehrsminister signalisiert, dass hierfür ein finanzieller Ausgleich der Länder erfolgen soll. In der tariflichen Ausgestaltung des DeutschlandTickets soll auf eine Kündigungsgebühr wie bei anderen Abonnementtickets verzichtet werden.

7. Marketingangelegenheiten

Vorlage: M/X/2022/0419

Der Ausschuss für Tarif und Marketing der VRR AöR nimmt folgende Sachstandsberichte zur Kenntnis:

1. Kundenkommunikation SPNV
 - Fortsetzung Nachhaltigkeitskampagne
2. Kundenkommunikation Tarif und Marketing
 - Bundesweite Marktforschung zum 9-Euro-Ticket

8. Anfragen und Mitteilungen

Es liegen keine Wortmeldungen vor.

Die Vorsitzende schließt die öffentliche Sitzung.

Martina Foltys-Banning
Vorsitzende

Thomas Schäfer
Schriftführer